

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11797

"Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11797 vom 07.06.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12949 des HA vom 28.06.2016
3. Beschluss des Plenums 17/13038 vom 28.09.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 28.09.2016



## **Antrag**

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. in geeigneter Form eine Übersicht der Erbbaurechtsgrundstücke des Freistaates und die Kriterien für einen Erwerb, gegebenenfalls der Wartezeiten, sowie eine aktuelle Liste der zum Verkauf anstehenden Erbbaurechtsgrundstücke transparent darzustellen und dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hierüber schriftlich und mündlich zu berichten.
2. dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich und schriftlich zu berichten;
  - a) wie viele Erbbaurechtsverträge gibt es auf staatlichen Grundstücken, die z.B. durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY), Stadibau GmbH oder die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) verwaltet werden;
  - b) wie viele mit Erbbaurechten belastete Grundstücke in den letzten 20 Jahren abgelöst wurden;
  - c) wie viele mit Erbbaurechten belastete Grundstücke in den letzten 20 Jahren nicht verlängert, sondern veräußert wurden;
  - d) wie die Staatsregierung den Beschluss des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, wonach die Staatsregierung gebeten wird, vor der Einleitung einer Ausschreibung zur Verwertung von für staatliche Zwecke entbehrliche Grundstücke zu prüfen, ob auf Grund der konkreten Umstände des Einzelfalls der Möglichkeit der Einräumung eines Erbbaurechts anstelle einer Veräußerung der Vorzug zu geben ist, umgesetzt hat.

### **Begründung:**

Das Erbbaurecht, also das Recht, auf einem Grundstück im Eigentum Dritter ein Bauwerk zu haben, wird auf der Grundlage des Gesetzes über das Erbbaurecht vom 1. Oktober 2013 – ErbbauRG – (BGBl. I S. 3719) vergeben.

Es dient der Förderung des Wohnungsbaus – insbesondere mit Blick auf die sozial schwächeren Bevölkerungskreise – und dämpft Spekulationen mit Grund und Boden, die durch die Niedrigzinsphase immer weiter angeheizt werden. Als Alternative zu Grunderwerb und dessen Finanzierung verschafft es einer dem Grundstückseigentümer wirtschaftlich und rechtlich angenäherte Stellung und eröffnet dem Erbbaurechtsnehmer faktisch die gleichen Möglichkeiten wie ein kaufweise erworbenes Grundstück. Der Erbbauberechtigte spart den mit einem Grundstückskauf verbundenen kurzfristigen Einsatz von Finanzmitteln und zahlt für die Grundstücksüberlassung stattdessen den über die Laufzeit vereinbarten Erbbauzins.

Die Fragen zu Ziffer 2 b/c waren bereits Gegenstand einer Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Florian Streibl Drs. 17/10130. Die Antwort des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat fiel alles andere als zufriedenstellend aus.

So ist es beispielsweise absolut nicht nachvollziehbar, dass es dem Staatsministerium, der IMBY bzw. der BaySF nicht bekannt sein sollte, wie viele ehemalige Erbbaurechtsgrundstücke in den letzten 20 Jahren veräußert wurden. Sollte dem wirklich so sein, so drängt sich der Verdacht auf, dass die Staatsregierung bzw. die mit der Immobilienverwaltung beauftragten Einrichtungen die staatliche Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung nicht im Griff haben.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und  
Finanzfragen**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,  
Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 17/11797

**Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung in folgender Fassung:  
„Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. in geeigneter Form eine Übersicht der Erbbaurechtsverträge auf staatlichen Grundstücken, die durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY), Stadibau GmbH oder die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) verwaltet werden, und allgemein die Kriterien für einen Erwerb des mit dem Erbbaurecht belasteten staatlichen Grundstücks durch den Erbbaurechtigten nach Ablauf des Erbbaurechts sowie eine aktuelle Liste der zum Verkauf durch die IMBY oder die BaySF anstehenden Erbbaurechtsgrundstücke transparent darzustellen und dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hierüber schriftlich und mündlich zu berichten.
2. dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich und schriftlich zu berichten,
  - a) wie viele Erbbaurechtsverträge gibt es auf staatlichen Grundstücken, die durch die IMBY, Stadibau GmbH oder die BaySF verwaltet werden,
  - b) wie viele mit Erbbaurechten belastete Grundstücke in den letzten 10 Jahren abgelöst wurden, indem der Freistaat Bayern das Erbbaurecht zurückerworben hat,
  - c) wie viele mit Erbbaurecht belastete Grundstücke in den letzten 10 Jahren nicht verlängert sondern veräußert wurden.“

Berichterstatter:  
**mann**

Mitberichterstatter:  
**Martin Bachhuber**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 118. Sitzung am 28. Juni 2016 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

**Peter Winter**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/11797, 17/12949

### **Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik**

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. in geeigneter Form eine Übersicht der Erbbaurechtsverträge auf staatlichen Grundstücken, die durch die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY), Stadibau GmbH oder die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) verwaltet werden, und allgemein die Kriterien für einen Erwerb des mit dem Erbbaurecht belasteten staatlichen Grundstücks durch den Erbbauberechtigten nach Ablauf des Erbbaurechts sowie eine aktuelle Liste der zum Verkauf durch die IMBY oder die BaySF anstehenden Erbbaurechtsgrundstücke transparent darzustellen und dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hierüber schriftlich und mündlich zu berichten.

2. dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mündlich und schriftlich zu berichten,
  - a) wie viele Erbbaurechtsverträge gibt es auf staatlichen Grundstücken, die durch die IMBY, Stadibau GmbH oder die BaySF verwaltet werden,
  - b) wie viele mit Erbbaurechten belastete Grundstücke in den letzten 10 Jahren abgelöst wurden, indem der Freistaat Bayern das Erbbaurecht zurückerworben hat,
  - c) wie viele mit Erbbaurecht belastete Grundstücke in den letzten 10 Jahren nicht verlängert, sondern veräußert wurden.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden**

**(s. Anlage 1)**

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung die unter Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung beraten und empfohlen hat, die Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat auf Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

**(Siehe Anlage 1)**

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden  
(Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Alex Dorow u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD  
Subsidiarität  
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung,  
COM(2016) 378 final,  
BR-Drs. 350/16  
Drs. 17/12754, 17/13004 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Wettbewerbsnachteile für die heimische Teichwirtschaft – Prosperitätsgrenze  
erneut eingeführt  
Drs. 17/11064, 17/12558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gesunde Schule: Ernährungsbildung und Essensangebot Hand in Hand  
Drs. 17/11325, 17/12559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Erwin Huber,  
Karl Freller u.a. CSU  
Mittelstandsfreundliche Umsetzung der Regelungen zum Mindestlohn  
Drs. 17/11438, 17/12961 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Steuer-Update 2016 – Inflationsbedingte Anpassung von Pauschalen,  
Freibeträgen und Einkommensgrenzen  
Drs. 17/11619, 17/12948 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Notärzte müssen das Recht zur Erteilung eines Platzverweises erhalten  
Drs. 17/11716, 17/12560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Verantwortungsvolle Wohnungsbaupolitik  
Drs. 17/11797, 17/12949 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u.a. CSU  
Erteilung von Platzverweisen gegen Gaffer  
Drs. 17/11801, 17/12562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD  
Nokia Networks in München stärken – Verlagerungen und Personalabbau verhindern!  
Drs. 17/11823, 17/12962 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD  
Gründerszene in Bayern beleben und stärken  
Drs. 17/11824, 17/12963 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anhörung über den Referentenentwurf für ein Bundesteilhabegesetz  
Drs. 17/11850, 17/12970 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU  
Konsum von Crystal Meth, Legal Highs und NPS weiter einschränken  
Drs. 17/11924, 17/12952 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Sprengstoffspürgeräte am Flughafen München – Ergebnisse weiterer Raumluftmessungen  
Drs. 17/11956, 17/12953 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Höhere Förderung für Sanierung des Stadttheaters Landshut  
Drs. 17/11969, 17/12950 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)  
Der Fall Peggy K.: neue Fragen zu den Ermittlungen  
Drs. 17/12343, 17/12633 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)  
Bericht zum Fall "Peggy"  
Drs. 17/12356, 17/12632 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>